

Pressemitteilung

Vertuschen-Verschweigen-Behindern

Internationale Expertenkommission GIEI (Grupo Interdisciplinario de Expertos Independientes) deckt zentrale Defizite im mexikanischen Justizsystem auf

Anlässlich der Veröffentlichung des Schlussberichtes der GIEI zum Verschwindenlassen von 43 Lehramtsstudenten 2014 fordern wir:

- internationale Anerkennung der geleisteten Arbeit der GIEI
- Umsetzung der Empfehlungen
- Fortführung der internationalen Aufklärung des Falles
- Sicherheit für die Angehörigen der 43 Opfer

Mexiko-Stadt/Stuttgart/Berlin, Deutschland, 28. April 2016.

Die von der Interamerikanischen Menschenrechtskommission CIDH entsandte internationale Expertenkommission GIEI (Grupo Interdisciplinario de Expertos Independientes) hat am 24. April ihren Bericht über das Verschwindenlassen der 43 Studenten von Ayotzinapa unter großer öffentlicher Anteilnahme in Mexiko-Stadt vorgestellt. Der mexikanische Staat war nicht präsent, die Behörden wollten zunächst den Bericht studieren. Darin wird eine konzertierte Aktion der Sicherheitskräfte von Seiten der föderalen, des Bundesstaates und der lokalen Polizeikräfte im Zusammenwirken mit der Organisierten Kriminalität nachgewiesen. Das Militär war vor Ort und über die Vorgänge informiert.

Zudem stellt die Expertenkommission unzählige Ermittlungsfehler fest. Diese reichen von mangelnder Beweissicherung, fehlerhafter Strafverfolgung, unterschlagenen Beweismitteln bis hin zu Folter an Verhafteten.

Im Bericht der GIEI werden abschließend gravierende strukturelle Defizite im mexikanischen Justizsystem angesprochen. Der Umgang des mexikanischen Staates mit dem Verbrechen des Verschwindenlassens ist völlig unzulänglich, die Strafverfolgung fehlerhaft, die Art und Weise der Suche nach den Verschwundenen unprofessionell und der Umgang mit den Opfern unangemessen. Allein im Bereich der strafrechtlichen Ermittlungen werden 22 Empfehlungen aufgelistet.

Die GIEI weist zudem bereits zum dritten Mal auf mangelhafte zentrale Elemente im derzeit im Senat diskutierten Gesetzesentwurf zum Verschwindenlassen hin, der völkerrechtlichen Standards nicht Genüge leistet.

Die Expert*innen machten in der Vorstellung ihres Berichts deutlich, dass sie während der gesamten Untersuchung nicht nur massiv an ihrer Arbeit gehindert wurden, sondern auch persönlich mit Diffamationen zu kämpfen hatten. Ein offener Bruch getroffener Vereinbarungen durch die mexikanische Regierung und der Unwille der Regierung, das Mandat zu verlängern, weist nicht nur auf technische Unfähigkeit der mexikanischen Behörden hin.

Der Versuch, mittels der GIEI im Rahmen einer internationalen Kooperation in einem dramatischen Fall von Verschwindenlassen Aufklärung zu betreiben, war und ist juristisches Neuland. Die dabei erarbeiteten Empfehlungen für rechtsstaatliche Reformen könnte Mexiko nutzen, um Wege aus der tiefen Krise zu begehen. Ob es zu einer Umsetzung kommt, ist jedoch fraglich.

Der Bericht der Expertenkommission verdeutlicht am Fall der 43 Studenten, was Tausende von Familienangehörigen auf der Suche nach den Verschwundenen und im Umgang mit den staatlichen Behörden seit langem erleben. Große Sorge besteht um die Sicherheit der Angehörigen der 43 Studenten, wenn das Mandat der GIEI endet und die Expert*innen nicht mehr vor Ort sind und ihre Suche nach den Verschwundenen unterstützen kann.

Wir appellieren an die deutsche Bundesregierung und die internationale Staatengemeinschaft,

- * **die Arbeit der GIEI öffentlich anzuerkennen und zu unterstützen.**
- * **die mexikanische Regierung auf die Umsetzung der Empfehlungen des Berichtes zu drängen.**
- * **das Anliegen der Familienangehörigen und der Interamerikanischen Menschenrechtskommission zu unterstützen, einen Folgemechanismus zur Aufklärung des Falles Ayotzinapa zu installieren.**
- * **sich gegenüber den mexikanischen Behörden dafür einzusetzen, die Empfehlungen der GIEI zur Schaffung eines gesetzlichen Rahmens gegen das Verschwindenlassen unter Beachtung völkerrechtlicher Normen umzusetzen.**
- * **die Gefährdungslage der Angehörigen der 43 verschwundenen Studenten zu verfolgen und im Notfall Maßnahmen zu ihrer Sicherheit zu ergreifen.**

Kontakt: Geschäftsstelle Blumenstr. 19, 70182 Stuttgart, fon: +49 - (0)711 - 57 64 68 79

mail: mexmrkoordination@gmx.de

<http://www.mexiko-koordination.de>

<https://www.facebook.com/DeutscheNetzwerkMenschenrechtssituationMexiko>